

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insektionspreis:
die kleinste Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr. 25.

Dienstag, den 1. Februar

1910.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 50 Pf. einschließlich
des „Musk. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
stufen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostämtern.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Folgende im Grundbuche für Eibenstock auf den Namen des Baumeisters **Karl Eduard Hochmann** in **Ischortau** eingetragenen Grundstücke sollen **am 18. März 1910, vormittags 1/10 Uhr** an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:

1. Blatt 1195, nach dem Flurbuche 60, 4 Ar groß, unter Berücksichtigung der hergestellten Straßen und Schleusen, auf 9030 M. — Vg. geschätzt;
 2. Blatt 1276, nach dem Flurbuche 9, 1 Ar groß, unter Berücksichtigung der hergestellten Straßen und Schleusen, auf 2275 M. — Vg. geschätzt.
- Die Grundstücke, Parz. Nr. 458a und 458b, sowie 458d sind zu Bauland aufgeschlossen; sie liegen an der Parallelstraße zur Weststraße und an der Verbindungsstraße zwischen West- und Parallelstraße hier.
- Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 4. Dezember 1909 verlaubten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Diejenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Eibenstock, den 24. Januar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Ein Steuerplan.

Der bekannte, aber viel angefochtene Steuerreformer Dr. Delbrück, der seine Behauptungen von großen Hinterziehungen bei den direkten Steuern im deutschen Reich immer von Neuem vorbringt, hat in einer öffentlichen Versammlung einen interessanten Steuerplan entwickelt, der nicht neu ist, aber doch länger geruht hat. Darnach sollen alle Personen, welche Geschäfte über Kapitalsanlagen vollziehen, abschließen oder be-glaubigen, verpflichtet werden, hiervon den Steuerbehörden von Amtswegen Mitteilung zu machen; z. B. Bankiers vom Ankauf von Wertpapieren oder Errichtung von Depots und der Höhe derselben, Justizpersonen von der Hergabe von Geldern zu Hypotheken u. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein guter Teil des vorhandenen Vermögens heute der Steuer hinterzogen wird, aber eine Garantie dafür, daß dieser Plan dem gegenwärtigen Zustande ein Ende macht, ist hiermit nicht gegeben. Wer der Steuer entgegen will, legt sein Geld in einem ausländischen Bankehaus an, wo man sich freuen wird, flüssige Geldmittel zu erlangen.

Dr. Delbrück hat auch die Sparkassen-Verwaltungen verpflichtet wollen, zur Steuer von der Einlagen-Höhe ihrer Kunden, also bescheidenen Leute, Mitteilung an die Steuerbehörde zu machen. Mag dieser Wunsch folgerichtig sein, er erweckt ganz besondere Bedenken, weil bei seiner Verwirklichung zu befürchten steht, daß den kleinen Leuten ihr Sparfund gründlich verdrückt wird. Wenn die Steuer in all und jede Sache sich einmischt, dann reißt der Geduldssaden, und das Geld wird wieder zu dunklen Geldmännern getragen, die viel versprechen, aber wenig halten. Wir gelangen damit zu einer rapiden Steigerung der allgemeinen Unzufriedenheit und zu einer heftigen Schwärzung des National-Vermögens. Und, was ferner sehr ins Gewicht fällt, zu einer finanziellen Bedrängung der Städte! Wie unendlich viele Städte und Kreise müssen ganz enorm mit einem für sie günstigen Abschluß der Sparkasse rechnen? Und daß es damit vorbei sein wird, wenn die Verwaltungen nur Gehilfen der Steuerbehörden sind, liegt auf der Hand. Auch wenn alle deutschen Staaten in diesem Gesichtspunkte einig wären, die Maßnahme wäre ein zweischneidiges Schwert. Daran haben sich die geschicktesten Finanzmänner nicht herange-
traut.

Wenn für die direkte Steuer nun einmal eine bittere Nuß geknackt werden soll, dann wäre es schon am einfachsten, eine allgemeine Selbststeinschätzung einzuführen. Dabei muß sich jeder mit der Steuerbehörde abfinden, und die Arbeitgeber wären von der umständlichen Verpflichtung, die in den meisten deutschen Bundesstaaten besteht, das Einkommen ihres Personals anzugeben, befreit. Ob das nötig ist, ist eine andere Frage; aber wenn etwas geschehen soll, dann ist doch am besten eine Maßnahme, die Klarheit ohne Chikanen sichert, als Chikanen, die doch keine Klarheit bringen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser hörte am Sonnabend im Berliner Schloß die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts Admirals von Tirpitz, des Chefs des Admiralstabes der Marine Admirals von Fische, und des Chefs des Marinekabinetts Vizeadmirals von Müllers.

Kaiser Wilhelm hat laut „B. T.“ an den Präsidenten der französischen Republik ein herzlich gehaltenes Telegramm geschickt, in dem er sein tiefes Mitgefühl mit den vom Hochwasser betroffenen Pariser Bürgern ausdrückt.

In dem Besinden des Reichstagspräsidenten Grafen von Stolberg-Berningerode ist eine stete, wenn auch nur langsame Besserung zu verzeichnen. Bei der Natur der Erkrankung wird es dem Präsidenten wohl nicht möglich sein, die Präsidialgeschäfte vor Ostern wieder zu übernehmen.

Gouverneur von Schumann. In der Sonnabend-Sitzung der Budgetkommission des Reichstages führte der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg aus, daß er die Zeitungsnachrichten über den dem Gouverneur von Südwestafrika v. Schumann gebrachten Fackelzug für so unwahrscheinlich gehalten habe, daß er es überhaupt nicht für notwendig erachtet habe, deswegen hinauszu telegraphieren. Er habe nunmehr folgendes von Gouverneur von Schumann ohne Anfrage abgesandtes Telegramm erhalten: „Selbstverständlich habe Fackelzug weder geplant noch angenommen. 10 Uhr schlafen; höre Singen; kaum erwacht. Heute abgesehen mit „Deutschland, Deutschland“. Bin gar nicht ausgestanden. Außer durch Absingen patriotischer Vieder Ruhe nicht gestört. Schumann“. Dieses Telegramm bestärkte seine Ansicht, die er bei Gelegenheit der Zeitungsmeldungen ausgesprochen habe. Im übrigen bemerkte er, daß der Gouverneur bereits im November v. J. ein ärztliches Attest eingereicht habe, wonach seine Beurlaubung in die Heimat notwendig sei. Er hoffe, daß die Gesundheit des Herrn von Schumann wiederhergestellt, und der verdiente Gouverneur dem Schutzgebiet erhalten bleiben werde.

Der spanische Ministerpräsident Morret erklärte, daß er sein Gutachten zugunsten der Gebrüder Mannesmann, entgegen der Behauptung des Marokko-Weißbuches und der offiziellen Presse, vollkommen unverändert ausreicht erhält.

Zur Frage der Schiffsabgaben. Wie bekannt hat der Bund der Industriellen auf seiner Generalversammlung am 24. Januar ds. Jahres sich gegen Schiffsabgaben ausgesprochen. Diese Tatsache verdient besondere Beachtung, denn wie aus dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Bericht über die General-Versammlung ersichtlich ist, wurde diese Resolution beantragt durch den Verband Thüringischer Industrieller, der auf der Versammlung mit vertreten war. Es geht daraus jedenfalls das Eine hervor, daß die Anschauung des Ministers von Jille, der kürzlich den Standpunkt der meiningischen Staatsregierung im Sinne der preussischen Schiffsabgaben-Politik präzisierete, von der thüringischen Industrie in ihrer Gesamtheit durchaus nicht geteilt werden dürfte, wahrscheinlich auch nicht durchgängig von der meiningischen Industrie. Die Resolution des Bundes der Industriellen ist aber auch insofern bedeutsam, als auf der Generalversammlung auch Vertreter des Verbandes Württembergischer Industrieller anwesend waren, und daß in dem Generalversammlungsbericht nichts verlaudet, daß sich diese württembergischen Vertreter gegen die Resolution gewendet hätten. Die Resolution ist also einstimmig gefaßt worden.

Die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Posen wird, wie die „Schles. Ztg.“ erfährt, noch nicht so bald erfolgen. Der Stuhl wird unbesetzt bleiben, so lange die Gesamthaltung des Polentums die Fortsetzung der heutigen Ostmarkenpolitik nötig macht.

Helgoland. Ueber die Zukunft der Insel Helgoland wird anlässlich der letzten geäußerten Besprechungen von einem Kenner der Verhältnisse, der auch mit den Plänen des Reichsmarineamtes vertraut ist, geschrieben: Bekanntlich fordert der preussische Etat für 1910 neue Summen für Errichtung von Schutzmauern an der Südwestseite der Insel, um die fortschreitenden Abbröckelungen an dieser Seite zu verhindern. In der Presse ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß der Bestand der Insel zur Zeit gefährdet

sei und die vielen Millionen, die man für die Insel seit 1890 ausgegeben habe und noch auszugeben gedenke, eines Tages in den Wellen der Nordsee verschwinden werden. Diese Befürchtung liegt aber nur vor, wenn die Schutzarbeiten aus Kurzsichtigkeit nicht ausgeführt werden sollten. Werden die Pläne der Regierung in die Wirklichkeit umgesetzt, so ist der Bestand der Insel gesichert. Die Lage ist folgende: Abbröckelungen durch Unterwaschungen finden nur an der Südwestseite der Insel statt, die aus porösem Gestein besteht. An dieser Seite umtoben die Stürme die Insel, unterwaschen am Wasserpiegel das Gestein, höhlen es aus und lassen es allmählich nachfallen. An der Nordost- und Unterlandseite sind diese Abbröckelungen bisher nicht beobachtet worden, da hier die Düne den nötigen Schutz für die Brandung bietet. Schützt man jedoch die Südwestseite durch Granitmauern nach den vorliegenden Plänen, so hören die Unterwaschungen mit ihren Folgererscheinungen auf. Darauf ist das Bestreben der Verwaltung gerichtet und dadurch wird auch erreicht, daß die in Angriff genommenen Hafenbauten, die an sich nicht gefährdet sind, ihren Zweck erfüllen. Der militärische Wert der Insel ist bekannt, die Insel als Flottenstützpunkt hindert feindliche Flotten am Einlaufen in die deutschen Flußmündungen. Helgoland als starke Festung muß erhalten werden und kann nur erhalten werden durch den Bau der geplanten Schutzmauern, ohne die allerdings die Batterien einmal ins Meer versinken würden. Dieser Bau ist also eine Notwendigkeit für den Bestand der Insel und einen Teil der Befestigungsanlagen. Hoffentlich sind die gefeggebenden Körperschaften nicht zu kurzfristig und unterstützen die weitanschauenden Pläne der Regierung.

Eisenach, 30. Januar. Bis heute morgen 9 Uhr war folgendes Wahlergebnis bekannt: Justizrat Appellius (natl.) 5716, Postassistent Häbrich (wirtschaftl. Bg.) 3940, Leber (soz.) 10 181 Stimmen. Etwa 10 kleinere Orte fehlen noch, die jedoch an dem endgültigen Ergebnis nichts mehr ändern dürften.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 29. Januar. In der heutigen Audienz des Grafen Khuen-Hedervary bei dem König lebte dieser die Demission des Ministerpräsidenten ab und genehmigte den Vorschlag der Anordnung von Neuwahlen, ohne daß über deren Zeitpunkt schon eine Entscheidung getroffen wurde.

Rußland.

Petersburg, 30. Januar. Die Revision des Generals Jakubowsky im Amurgebiet ergab, daß beim Bau von Kasernen und Befestigungen Millionen untererschlagen worden sind. Unter den Schuldbigen befindet sich der Stabschef des Amurgebietes, General Debesch, der bereits abberufen worden ist. Der Ingenieurgeneral, der seinerzeit den Bau der Befestigungen von Port Arthur leitete, soll mitschuldig sein; er ist bereits nach Petersburg berufen worden. Die ganze Angelegenheit wird streng geheim gehalten.

Portugal.

Große Besorgnis. Die durch die Ablehnung des deutsch-portugiesischen Handelsvertrags in der Reichstagskommission hervorgerufene Ueberraschung in Portugal ist umso größer, als die meisten portugiesischen Zeitungen noch bis in die letzten Tage hinein ihren Lesern versicherten, daß der Reichstag in aller Kürze den Vertrag annehmen werde. Namentlich in den Kreisen der Kakaos- und Weinexporteure ist man sehr besorgt, erstere, da die größten englischen Fabriken, wie Cadbury, Fry und Rowntree die Bohfortierung des portugiesischen Kakaos fortsetzen, andererseits Nordamerika vom 1. April an die portugiesischen Kakaobohnen nicht zum Minimaltarif hereinlassen wird, und nun ein deutsch-portugiesischer Zoll-